

Pressemitteilung 20/2017

Halle (Saale), den 12. April 2017

Auch der Osten ist im moderaten Aufschwung – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2017 für Ostdeutschland

Für das Jahr 2017 prognostiziert das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) einen Anstieg des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts mit Berlin um 1,7% (Gemeinschaftsdiagnose für Deutschland insgesamt: 1,5%). Maßgeblicher Treiber ist wie in Deutschland insgesamt die Binnennachfrage. Insbesondere profitiert die Wirtschaft von der hohen Dynamik in Berlin und Sachsen. Die Produktion pro Einwohner dürfte in diesem Jahr im Osten wohl erneut etwas schneller als im Westen steigen; somit setzt sich die Tendenz kleiner Fortschritte bei der ökonomischen Konvergenz fort.

Sperrfrist:
12. April 2017, 13:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Ostdeutschland, Konjunktur, Prognose, Produktivität, Konvergenz, Ost-West-Vergleich

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

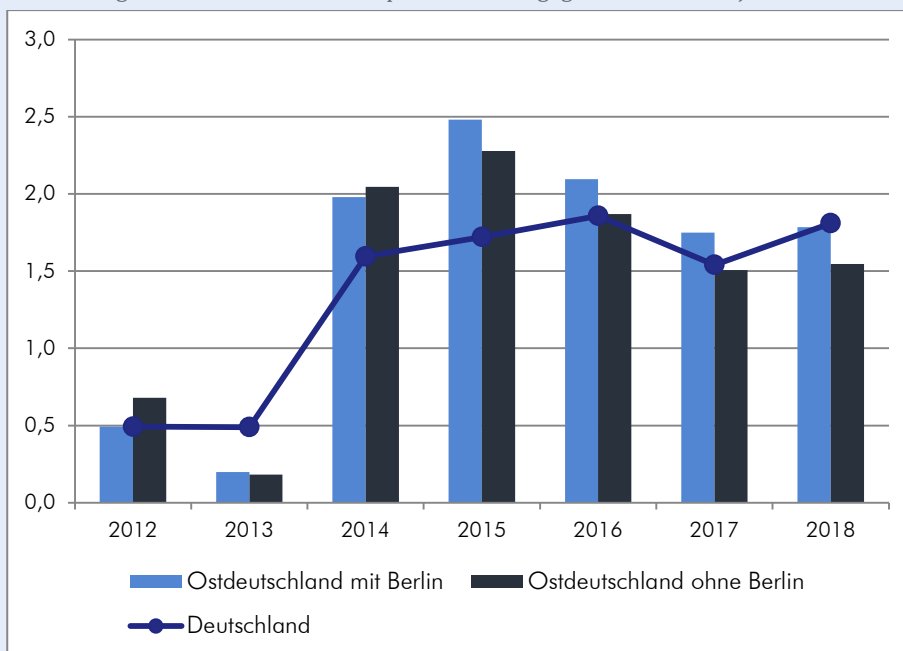
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts nach Regionen von 2012 bis 2017
Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in % gegenüber dem Vorjahr



Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder“; ab 2017: Gemeinschaftsdiagnose und Prognose des IWH.

Die ostdeutsche Wirtschaft (einschließlich Berlin) expandierte im Jahr 2016 um 2,1%, und damit um zwei Zehntel kräftiger als der Westteil der Republik. Insbeson-

dere Berlin profitierte bereits seit mehreren Jahren von höheren Nachfrageimpulsen der privaten und öffentlichen Haushalte nach konsumtiven und unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie nach Wohnimmobilien und Infrastrukturbauten.

„Im Jahr 2017 dürfte die ostdeutsche Wirtschaft ihren moderaten Anstieg fortsetzen. Zu Jahresbeginn haben die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes wie auch in Deutschland insgesamt zugenommen, und die Auftragseingänge sind auf breiter Basis aufwärtsgerichtet“, so Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und stellvertretender Präsident des IWH. Zuversichtlich schätzten auch die regelmäßig vom IWH befragten Industriebetriebe ihre Geschäftsaussichten ein. Laut Konjunkturberichten der Fachverbände gehen sowohl die für die ostdeutsche Wirtschaft wichtigen Chemiebetriebe als auch die Maschinen- und Anlagenbauer von einem Aufwärtstrend aus. Im Baugewerbe ist der Optimismus laut IWH-Konjunkturumfrage ungebrochen.¹ Auch im späteren Verlauf des Jahres 2017 bleiben die konsumnahen Branchen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs die entscheidenden Impulsgeber. Zugleich erholt sich die Weltkonjunktur, sodass die Exporte, aber auch die Vorleistungslieferungen der ostdeutschen Unternehmen an westdeutsche Endproduzenten von Exportgütern dann wieder etwas an Fahrt gewinnen. Das Baugewerbe profitiert ähnlich wie in Deutschland von den insgesamt guten Rahmenbedingungen und der steigenden Nachfrage in Ballungszentren wie Berlin, Leipzig, Dresden und anderen Universitätsstädten. Zudem gehen Impulse von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen aus. Zwar werden Nachfrage und Produktion in den ostdeutschen Flächenländern nach wie vor durch eine schwächere demographische Entwicklung als in Deutschland gedämpft, der Bevölkerungszuwachs in Berlin und die sich dort fortsetzende gute Konjunktur im Dienstleistungsbereich werden sie aber wohl weitgehend ausgleichen. Während die ostdeutschen Flächenländer im Jahr 2017 mit 1,5% wohl in etwa so stark expandieren wie die westdeutschen, dürfte die ostdeutsche Wirtschaft (einschließlich Berlin) erneut um zwei Zehntel stärker zulegen als Deutschland insgesamt. Der schwächere Zuwachs der Produktion gegenüber dem Jahr 2016 resultiert – wie in Deutschland – vor allem aus der geringeren Anzahl von Arbeitstagen. „Der Aufholprozess Ostdeutschlands beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner setzt sich bei etwas geringerer Bevölkerungsentwicklung als in Westdeutschland in kleinen Schritten fort“, resümiert Holtemöller.

Im Verlauf des Jahres 2017 wird die Beschäftigung weiter zunehmen. Getragen wird der Beschäftigungsaufbau weiterhin von der SV-pflichtigen Beschäftigung. Dabei dürfte in Ostdeutschland die gleiche Zuwachsrate wie in Westdeutschland erreicht werden. Die registrierte Arbeitslosigkeit nimmt weiter ab; sie dürfte im Jahresdurchschnitt 650 000 betragen. Die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2017 7,6% betragen (2016: 8,4%).

Hintergrund: Das IWH hat im Frühjahr 2017 seine Konjunkturprognose für Ostdeutschland vorgelegt,² aufgrund der aktuell recht günstigen Konjunkturindikatoren wird die Prognose für Ostdeutschland mit Berlin um vier Zehntel angehoben. Am

¹ Vgl. dazu die jüngsten [Unternehmensumfragen](#) des IWH sowie das [IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland](#).

² Vgl. *Brautzsch, H.-U.; Drygalla, A.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Kämpfe, M.; Kiesel, K.; Lindner, A.; Loose, B.; Scherer, J.-C.; Schultz, B., Wieschemeyer, M.; Zeddies, G.: Beschäftigungsboom in Deutschland – aber gesamtwirtschaftlich keine Überhitzung*, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 5 (1), 2017. Halle (Saale), 2017, 15.

12.04.2017 stellen die Wirtschaftsforschungsinstitute unter Beteiligung des IWH ihre aktualisierte Konjunkturprognose für Deutschland insgesamt vor, vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung festigt sich trotz weltwirtschaftlicher Risiken*. Frühjahr 2017. Halle (Saale) 2017. In dieser Pressemitteilung wird beschrieben, welche Implikationen sich aus der aktuellen Prognose für Deutschland insgesamt für Ostdeutschland ergeben.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 91 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.